Nummer 59

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 20 Goldpfennig. 69. Jahrgang Dienstag, 5. Februar 1924

Koch & Seeland Herren- und Damen-Stoffe Bekleidung. Gertraudenstr. 20/21.

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse, die Steuerpraxis, Praxis des Arbeitsrechts, der Handel mit dem Osten und viele andere tabellarische Übersichten

Telegramm-Adr.: „Börsenkrone" | Für Manuskripte übernimmt der Verlag keine Verantwortung | Unverlangt eingesandten Manuskripten ist Rückporto beizufügen | Postscheck-Konto: Berlin 26412

Verantwortl. Leiter: Handelsteil: W. Funk, Berlin; Polit. Teil: Dr. Paul Oestreich, Berlin; Kunst, Wissenschaft und Lokales: S. Köppen, Berlin-Friedenau; Inseratenteil: H. Hongkewitz, Berlin-Charlottenburg. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstraße 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37

Fernsprecher: für den Handel Zentrum 8669; für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 243, für die Expedition Zentrum 12352 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 0,90 Goldmark, Stellungsuchende 0,40 Goldmark, Reklamezeile 4,50 Goldmark. Bezugs-Preis: Monatlich 6,50 Goldmark. Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal. Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure, unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslandsbezug nur unter Streifband. Bestellungen sind direkt an unsere Geschäftsstelle zu richten. Der Bezugspreis beträgt im 1. Quartal 1924 für Amerika 9 Dollar, Frankreich 175 französ. Francs, Belgien 200 belg. Francs, Schweiz 50 schweizer. Francs, Holland 22,50 holländ. Gulden, Dänemark 50 dänische Kronen, Schweden 35 schwedische Kronen, Norwegen 60 norweg. Kronen, England 40 Schilling, Italien 200 Lire, Rumänien 2000 rumänische Lei, Spanien 70 spanische Pesetas, Tschechoslowakei 300 tschechische Kronen, Brasilien 90 Milreis, Argentinien 26 Pesos, Serbien 925 Dinar; für den Monat Januar 1924 nach Oesterreich 200 000 österreichische Kronen, Ungarn 100 000 ungarische Kronen, Polen 20 000 000 polnische Mark, Litauen 20 Lit, Lettland 775 lettische Rubel, Finnland 125 finnische Mark, Estland 1300 estländische Mark.

Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

An unsere Abonnenten!

Wir bitten diejenigen Abonnenten, die die Zeitung direkt beim Verlag bestellt haben, den Abonnementsbetrag entweder auf unser Postscheckkonto Berlin 26412 oder an unsere untergeichnete Geschäftsstelle direkt einzuzahlen.

Geschäftsstelle der B. B.-Z., Berlin W. 8, Kronenstr. 37.

Dr. Luther vor den Sachverständigen.

Die Sachverständigenausschüsse haben gestern keine deutschen Sachverständigen gehört. Heute wird dagegen der Währungsausschuß den Reichsfinanzminister Dr. Luther und den Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht hören, der Budgetausschuß die Staatssekretäre Schroeder und Fischer sowie Ministerialdirektor Popitz vom Reichsfinanzministerium.

*

Erster Sachverständigen-Ausschuß. Der Unterausschuß für die Währungsfrage beschäftigte sich gestern weiter mit den Vorbereitungen zum Plane einer Goldnotenbank. Der Unterausschuß für das Budget hat heute den deutschen Haushaltsplan für 1924 geprüft und von der deutschen Regierung weitere Informationen hierzu verlangt. Man gedenkt, morgen die einzelnen Einnahme- und Ausgabeposten durchzugehen.

Der Zweite Ausschuß, der überhaupt nur einige Tage in Berlin verweilen wollte, hofft Ende dieser Woche mit seinen Arbeiten in Berlin fertig zu sein. Höchstwahrscheinlich wird er Ende der kommenden Woche aufs neue in Paris zusammentreten.

Was sie sich wünschen.

EE Paris, 4. Februar.

Der „Temps" läßt sich aus Brüssel melden: Gewissen Mitteilungen zufolge, die der belgischen Regierung über die bisherige Tätigkeit der beiden Sachverständigenausschüsse in Berlin zugegangen sein sollen, stimmen alle Sachverständigen in der Ansicht überein, daß dem deutschen Staatsbürger ebenso hohe Steuersätze aufgebürdet werden müßten wie den Bürgern der andern alliierten Länder. Dies würde dem Reiche neue Einnahmequellen erschließen und hätte gleichzeitig den Vorteil, daß dadurch die Preise der deutschen Produkte sich denen der alliierten Länder anglichen und somit die deutsche Konkurrenz ferngehalten würde. (!)

Ferner würden die Sachverständigen nach der etwaigen Bilanzierung des deutschen Etats der Reichsregierung den Rat geben, ein besonderes Reparationsbudget aufzustellen und diesem dann gewisse Einnahmen des Reiches vollständig zu überweisen.

Englische Kabinettsberatung über eine neue Reparationskonferenz.

London, 4. Februar.

Blättermeldungen zufolge fand heute nachmittag eine wichtige Kabinettssitzung statt. Wie „Evening Standard" erfährt, soll außer bringenden inneren Problemen auch die Frage der Vereinbarung einer neuen Reparationskonferenz erwogen worden sein. Der britische Botschafter in Paris, Lord Crewe, sei in London eingetroffen und werde eine Unterredung mit Macdonald haben. Er soll wichtige Vorschläge überbringen.

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Graf v. Kanitz wird, wie die „Telegraphen-Union" erfährt, auf Einladung der ostpreußischen Landwirtschaftskammer am 7. Februar in Königsberg einen Vortrag halten, worin er über aktuelle Fragen der Ernährung und der Landwirtschaft sprechen wird.

Die wirtschaftliche Erdrosselung des besetzten Gebietes.

Deutscher Einspruch in Paris und Brüssel gegen die Zollmaßnahmen.

Berlin, 4. Februar.

Bei den schwebenden Verhandlungen zwischen Deutschland und den Besatzungsmächten über die Herstellung eines modus vivendi in den besetzten Gebieten war von deutscher Seite unter anderem beantragt worden, daß die Zollgrenze zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet und die Erhebung eines Zolles in Höhe von 25 Prozent des deutschen Zolltarifs für die Güter, die aus dem unbesetzten Gebiet in das besetzte Gebiet kommen, aufgehoben wird. Diese Zollgrenze war durch die Verordnung 183 der interalliierten Rheinlandkommission in Coblenz vom 12. 6. 1923 als Strafmaßnahme dagegen errichtet worden, daß die deutsche Regierung das von den Besatzungsmächten eingerichtete besondere Ein- und Ausfuhrregime in den besetzten Gebieten nicht anerkennen wollte und Maßnahmen gegen die Durchführung dieses Regimes im unbesetzten Gebiet erlassen hatte.

Durch diese Zollgrenze ist die Wirtschaft des besetzten und des unbesetzten Gebietes aufs schwerste geschädigt worden. Es ist ganz klar, wie hemmend auf den Wirtschaftsverkehr die Errichtung einer Zollgrenze mitten durch ein Gebiet wirken mußte, dessen Wirtschaft sich seit jeher als Einheit entwickelt hatte und dessen Wirtschaftszentren in herstellerisch- und produktionstechnischer Beziehung aufs engste miteinander verflochten sind. Schon die mit der Zollbehandlung verbundenen verkehrstechnischen Hemmungen und Zeitverluste an der Grenze haben den Güter- und Personenverkehr zwischen den beiden Gebieten schwer geschädigt; noch mehr hat aber die Abgabe eines Zolles den Güteraustausch beeinträchtigt, auf dessen ungehemmtes Funktionieren die nunmehr getrennten zwei Wirtschaftsgebiete seit Jahrhunderten eingestellt waren.

Mit dem Aufhören des passiven Widerstandes hätte man erwarten dürfen, daß auch diese ausdrücklich als Strafmaßnahme eingerichtete Zollgrenze fallen würde. Die deutsche Regierung hat daher die Hoffnung gehegt, daß bei den Verhandlungen über den modus vivendi sicher in diesem Punkte Erleichterungen zu erreichen sein würden. Ganz im Gegenteil hat aber die Interalliierte Rheinlandkommission vor kurzem, während die Verhandlungen über einen modus vivendi noch schwebten, die bisherigen Zollsätze von 25 Prozent auf die vollen 100 Prozent des deutschen Zolltarifes erhöht.

Der Zustand ist also jetzt der, daß deutsche Waren im Binnenverkehr vom unbesetzten nach dem besetzten Gebiet genau so behandelt werden wie irgendeine Warenein fuhr aus Holland, Frankreich, Belgien. Dadurch ist das besetzte Gebiet in wirtschaftspolitischer Beziehung gegenüber dem übrigen Deutschland vollständig zum Ausland gemacht worden.

Die wirtschaftliche Abtrennung des besetzten Gebietes vom übrigen Deutschland wird aber noch dadurch verschärft, daß die Besatzungsbehörden gleichzeitig den allgemeinen deutschen Zolltarif in 227 Positionen (von insgesamt 946 Positionen) abgeändert haben mit der offenbaren Tendenz, die Wareneinfuhr in das besetzte Gebiet über die politische Weltgrenze, also von Frankreich und Belgien, zu begünstigen. Diese Tendenz ist ohne weiteres daraus zu ersehen, daß die Einfuhrzölle ermäßigt worden sind, z. B. für Liköre, Arrak, Rum, Kognak, Wein, Sardinen, Kampfer, Anis, Rosmarinöl usw., wohrleichende Wasser, seidene Webstoffe und Gewebe, seidene Tülle, seidene Gase, Crêpe, Flor usw., Kleider, Perlen und Bindeblumen, fertige Frauenhüte usw. Andererseits sind die Zollsätze für wichtige Rohstoffe und Halbfabrikate, die für die weiterverarbeitende Industrie des besetzten Gebietes unentbehrlich sind, erhöht worden. Einzelne weiterverarbeitende Industrien des besetzten Gebietes werden dadurch gegenüber der Einfuhr fertiger Waren aus Frankreich und Belgien konkurrenzunfähig und die Bevölkerung zum Bezug französischer und belgischer Waren gezwungen. Diese Absicht, das besetzte Gebiet wirtschaftlich von Deutschland abzutrennen und nach Frankreich und Belgien hin zu orientieren, wird auch durch die ganze Handhabung der Einfuhrbewilligungen klar, unter anderem z. B. durch die leichte und schnelle Zulassung französischer Automobile zum Verkehr, während die Zulassung von Automobilen deutscher oder anderer Herkunft erschwert wird.

Diese Erschwerung der Warenzufuhr aus dem unbesetzten Gebiet und die Erleichterung der Einfuhr in das besetzte Gebiet über die Weltgrenze haben natürlich zur Folge, daß die Wareneinfuhr in das besetzte Gebiet sich immer mehr nach der Westgrenze hinzieht, zum Nachteil der deutschen Eisenbahnen und Häfen, zum Nachteil aber insbesondere auch der deutschen Zolleinnahmen. So haben die deutschen Zolleinnahmen im Dezember 1923 nur noch die Hälfte der Zolleinnahmen im November 1923 betragen.

Die Schäden durch alle diese Maßnahmen der Besatzungsbehörden für die deutsche Wirtschaft und die deutschen Finanzen sind unerheblich. Der ernsthafte und bisher erfolgreiche Versuch der deutschen Regierung zur Stabilisierung der Währung und des Budgets würde in Frage gestellt, wenn dieser Zustand noch länger andauern würde.

Die Reichsregierung hat daher die Wiederaufnahme der allgemeinen Verhandlungen über den modus vivendi nach Rückkehr des deutschen Vertreters nach Paris nicht abgewartet, sondern bereits vor einigen Tagen in einer besonderen Note bei der französischen und belgischen Regierung gegen diese Maßnahmen Einspruch erhoben, auf die dadurch verursachten schweren Schäden hingewiesen und die alsbaldige Aufhebung dieser Maßnahmen beantragt.

Die Opposition gegen Poincarés Ermächtigungsgesetz.

eca Paris, 4. Februar.

Die heutige Kammersitzung, die um 3 Uhr unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten Arago eröffnet wurden ist, schritt zur Besprechung der Sparvorschläge der Regierung, deren erster Artikel die viel umstrittenen Ermächtigungsgesetze der Reorganisation der Verwaltung erhält. Hierzu ergreift der Kommunist Lafont das Wort und fordert die Kammer auf, diesen Artikel als der Verfassung nicht entsprechend auszuscheiden. „Wir wissen, wie der Faszismus begonnen hat, dessen erstes Opfer die Arbeiterklasse war. Die Finanzkommission hat sich über den eigentlichen Kern der Frage überhaupt nicht geäußert." Als Norm für jede Verfassung gilt der Grundsatz, daß sie für alle gilt, in erster Linie für die Herren Minister. Der Redner ergeht sich dann in langen historischen und staatsrechtlichen Darlegungen, um zu beweisen, daß die gesetzgebende Versammlung nicht das Recht hat, einem Dritten, auch nicht der Regierung, gesetzgeberische Gewalten abzutreten, die sie besitzt, um dann zu erklären: „Was man von uns verlangt, ist, daß wir die fundamentalen Prinzipien unserer Verfassung aufgeben, und daß auch gewisse Prinzipien aus der Erklärung der Menschenrechte im Stich gelassen werden sollen. Man schlägt der Kammer vor, sich selber zu entrechten, wozu sie nicht berechtigt ist. Der Redner erinnert alsdann daran, daß ein ähnlicher Entwurf 1916 von Poincaré als Präsident der Republik unterzeichnet worden war, den damals Briand als Ministerpräsident eingebracht hatte. Trotz des Krieges sei dieser Plan abgelehnt worden.

Poincaré von seinem Platz aus: „Dieser Plan unfaßte auch die Möglichkeit von Ausnahmen und faßte auch gewisse Strafbestimmungen ins Auge."

Berthon: „Das haben Sie damals unterzeichnet."

Poincaré: „Wenden Sie sich an den damaligen Verantwortlichen. Minister Daudet sitzt ja selbst da."

Briand: „An jenem Tag klagte man mich an, ich wolle die Grenadiere einmarschieren lassen. Aber die Grenadiere waren an der Front und dort sind sie auch geblieben."

Der Sozialist Paul Boncourt legt nun feinerseits dar, daß er zwar von der Kammer verlangen werde, daß sie ihren Willen zur Sparsamkeit darlege, daß sie aber die zweite Hälfte des ersten Artikels ablehnt, der die Ermächtigungsgesetze enthält. Die Ermächtigungsgesetze einer Regierung müßten sachlich und zeitlich begrenzt werden. Das ist das Gesetz nicht. Denke denn die Mehrheit von heute daran, daß etwa in sechs Monaten eine andere Mehrheit an ihrer Stelle stehe? (Bewegung.) Den Krieg könne man nicht als Beispiel verwenden. Allerdings glaube er, der Redner, nicht, daß Poincaré den Diktator spielen wolle.

Lefebre sagte zum Schluß, zu Poincaré gewandt: „Denken Sie daran, daß, wenn der Franken nicht steigt, Ihre ganze Politik und Ihre Mehrheit zusammenbrechen werden." Die Weiterberatung wurde darauf auf morgen nachmittag vertagt.

Warnende Zahlen!

(Betrachtungen über das Minderheits-Schulwesen und anderes in der Tschechoslowakei.)

Von

Bardowiek.

Das Prager Amtsblatt des Schulministeriums veröffentlichte kürzlich eine Statistik, welche die Ergebnisse der Einschreibungen an den vom Staat verwalteten Minderheitsschulen veranschaulicht. Wir entnehmen dieser Statistik folgendes:

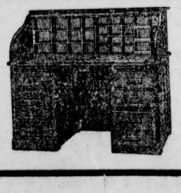
Tschechische Minderheitsschulen in Böhmen, Mähren und Schlesien gibt es derzeit insgesamt 759, das sind um 44 mehr als im Schuljahr 1922/23. In Böhmen gibt es insgesamt 515, und zwar 454 Volks- und 61 Bürgerschulen (im Jahr 1922/23 494, und zwar 434 Volks- und 60 Bürgerschulen), der Zuwachs beträgt 20 Volks- und 1 Bürgerschule; in Mähren 182, und zwar 158 Volks- und 24 Bürgerschulen (im Jahre 1922/23 175, und zwar 153 Volks- und 22 Bürgerschulen), der Zuwachs beträgt 17 Volks- und 2 Bürgerschulen; in Schlesien 62, und zwar 51 Volks- und 11 Bürgerschulen (im Jahre 1922/23 39 Volks- und 7 Bürgerschulen), der Zuwachs beträgt 23 Volks- und 4 Bürgerschulen! Alle Schulen zusammen haben 1669 Klassen (im Vorjahre 1462) und 55 575 Schüler (gegen 53067 im vergangenen Jahre), der Zuwachs beträgt also 237 Klassen und 2508 Schüler.

Deutsche staatliche Minderheitsschulen gibt es in Böhmen und Schlesien (in Mähren gibt es keine solchen) insgesamt 18, und zwar 14 Volks- und 4 Bürgerschulen. In Böhmen sind 12 Volks- und 4 Bürgerschulen, in Schlesien 2 Volksschulen. Ihre Zahl ist dieselbe wie im Vorjahre. Klassen gibt es insgesamt 61, d. i. um 1 mehr als im Vorjahre. Die Zahl der Schüler beträgt 1954 (im Vorjahre 2234), der Abgang beträgt also 280 Schüler.

„Narodni Politika" bemerkt dazu: „Das Ergebnis der Einschreibungen ist an den tschechischen staatlichen Minderheitsschulen für uns (Tschechen) erfreulich. Wir zweifeln nicht, daß es noch erfreulicher sein wird, wenn tschechische Schulen überall dort entstehen, wo sie in „gemischten" Gemeinden noch nicht vorhanden sind. . . . Leider ist die Reihe solcher Gemeinden sehr lang (ein tschechische „Feststellung", die wohl nur für die Dummen berechnet ist. D. Red.). Für die staatliche Schulverwaltung öffnet sich hier noch reiches Feld der Tätigkeit . . ."

Ein noch reicheres Feld, so möchten wir hinzufügen nicht unterlassen, wird sich hier vermutlich für die tschechische Propaganda eröffnen, die es ausgezeichnet versteht, den Leuten Sand in die Augen zu streuen, z. B. denen, die ihr Weg von Teplitz nach Reichenberg, ins deutsche Nordböhmen also, führt! Der Fremde, der die wahre Lage der Dinge nicht kennt, muß bei der Fülle tschechischer Reklame, wie sie ihm in Plakaten, Sektionsaufschriften und besonders an Schulen entgegenschreit, unbedingt annehmen — was natürlich tschechischerseits durch die Propaganda gerade längs der Verkehrswege auch beabsichtigt ist —, daß er sich nicht im deutschen Nordböhmen, sondern in einem vollkommen tschechischen Lande befindet. Besonders charakteristisch ist es, wie die tschechische Propaganda — hierin der italienischen bevölkerungspolitischen Verkehrspropaganda in Südtirol vergleichbar — es verstanden hat, die tschechischen Minderheitsschulen „vorzuführen": Sie sind nämlich in Gebäuden untergebracht, die ganz nahe an die Bahnlinien gebaut sind und überdies dem Vorüberreisenden sich schon allein aufdrängen müssen durch große, grellrot aufgemachte Schilde, auf denen „Ceska skola" falsche Tatsachen, eben tschechisches Volkstum, vorzuspiegeln versuchen. Ruhe und Stille für den Unterricht, leichte Erreichbarkeit für Lehrer und Schüler — Narrenspossen: In erster Linie ist die Schule für den Tschechen ein zoon politicon! Genau so wie anderen Räubern deutschen Volksgutes, sei es Frankreich in Elsaß-Lothringen, Polen in Ost-Oberschlesien oder sonstwo. Hauptsache ist und bleibt für den größenwahnsinnigen Tschechen, daß wieder und wieder die Schilder „Ceska skola" auf den (fremden) Reisenden einschlagen — mögen darob auch Lehrer und Schüler in Bärm und Rauch umkommen oder stundenlange Wege zur Schule gepfercht werden müssen. Es geht eben gegen das verhaßte Deutschtum, was übrigens in Deutschböhmen wie auch sonst im Grenzlande noch längst nicht begriffen hat, was Propaganda nach außen bedeutet — obwohl sie nach dieser Richtung hin von ihren derzeitigen Herren und Gebietern vieles lernen könnten!

Im Ernst, die Frage, welches Gebiet mehr bedroht sei, das deutsche oder das tschechische, wird heute auch von nationalistischer tschechischer Seite zugunsten der Tschechen beantwortet! Jedenfalls antwortete unlängst St. Klepka im



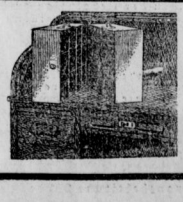
Das „Hersa"-Bankzahlpult als Zahltisch oder Rollpult

mit auswechselbarer verschließbarer Metallkassette mit verstellbaren Fächern

erspart das Abrechnen bei Kassiererwechsel und Ablieferung im Tresor.

Verlangen Sie Angebot!

Hersa-Werke Büromöbelfabriken m. b. H. Stettin

Fil. Berlin W. 8 Mohrenstr. 47 Fernspr. Merkur 8426

Fil. Leipzig, Fleischerplatz 1